



HISTORISCHE REISE

AfD-Delegation in Israel: „Die EU führt Krieg gegen Israel“

Von COLLIN MCMAHON | Vergangene Woche besuchte eine Delegation der „Juden in der AfD“ (JAfD) Israel, angeführt vom EU-Abgeordneten Joachim Kuhs ([PI-NEWS berichtete](#)) und dem hessischen Landtagsabgeordneten [Dimitri Schulz](#). Eine historische Reise auf der Suche nach deutschen Steuergeldern für Terror, Boykott und illegale arabische Siedlungen.

Die Delegation bereiste hauptsächlich die Orte, die uns ARD/ZDF und Mainstream-Presse als „illegal besetzte Gebiete“ oder „Westbank“ verkaufen, ein Name der aus der illegalen Besetzung durch Jordanien stammt. Die Juden vor Ort nennen diese Gebiete „Judea und Samaria“, die Hauptschauplätze der Bibel wie Jerusalem, Hebron und Bethlehem liegen hier.

Dazu gehörten Besuche der Universität Ariel, die vom Rest der Welt boykottiert wird, und Weinbauern, die ihre preisgekrönten Weine nicht in die EU exportieren dürfen. Treffen mit patriotischen NGOs wie den „[Reservists on Duty](#)“, die mit einem [Video](#) die Lügen des Botschaftersohnes Dean Issacharoff entlarvten, der von sich behauptete, als israelischer Soldat

einen Palästinenser blutig geschlagen zu haben; oder mit der ersten Siedlerin in Samaria, der ehemaligen Bürgermeisterin von Kedumim Daniella Weiss, die erzählte, wie sie nach der Eroberung 1967 im Zelt hierher zog.

Bei der Fahrt durch das „besetzte Westjordanland“ fällt auf: Es gibt nur sehr wenige Mauern und Zäune – und diese vor allem an Terrorbrennpunkten. Die meisten arabischen Städte und Dörfer – schnell erkennbar an ihrem dürftigen Hygienestandard und ihrer geringen Frauenpräsenz – kann man frei befahren. Die „Autonomiegebiete“ sind dagegen für Juden No-Go-Zonen. Die großen Schilder davor erinnern an die Sektorengrenze im ehemaligen Westberlin: „Achtung: Sie verlassen den amerikanischen Sektor“, doch hier heißt es „Area A – Für Israelis verboten“. Was gemeint ist: „Für Juden verboten.“ Die Araber dürfen dagegen – nach Passieren der Checkpoints – sich überall frei bewegen. Das heißt, die einzige „Apartheid“, die man in Judea und Samaria vorfindet, ist die gegen Juden – großzügig unterstützt von Deutschland und der Europäischen Union.



Apartheid: Zugang zu den palästinensischen „Autonomiegebieten“ ist für israelische Staatsbürger (gemeint sind Juden)

verboten.

Bei einer Führung durch Judea zeigt Naomi Linder Kahn von der NGO „Regavim“ (*Fleckchen Erde*) der Delegation, wie die Palästinenserführung in Zusammenarbeit mit der EU, der Merkel-Regierung und der Hanns-Seidel-Stiftung der CSU illegale Beduinensiedlungen entlang strategisch wichtigen israelischen Straßen und sogar im militärischen Übungsgelände mit Millionen deutscher und europäischer Steuergelder fördert, um das Palästinensergebiet entgegen den Friedensverträgen von 1995 immer weiter auszudehnen.



Auch hier eine unmissverständliche Warnung an israelische Bürger, die Straße nicht weiterzufahren.

Linder Kahn zeigte den Besuchern die völlig verwahrloste Beduinensiedlung von [Khan al Ahmar](#), an der strategisch wichtigen Highway 1, für die bereits Millionen an EU-Geldern geflossen sind, für die Angela Merkel sich persönlich telefonisch bei Benjamin Netanjahu stark gemacht hat, als Regavim dagegen klagte. Diese „juristische Kriegsführung“

(Lawfare) der Palästinenserführung wurde in vielen Fällen durch die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung und deren undurchsichtigen halb-kirchlichen Partner „Society of St. Yves“ finanziert. „Sie überschwemmen uns mit Prozessen, um die israelischen Gerichte zu blockieren“, so Linder Kahn. „Im Prinzip ist das, was die EU hier macht, ein feindlicher kriegerischer Akt.“

» Lesen Sie die ganze Geschichte im [Deutschland-Kurier...](#)

Video: Avi Abelow: „Die AfD die ich kennengelernt habe, sind keine Antisemiten“ (Englisch)